



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

**General-Anzeiger der Stadt Mannheim und Umgebung.
1886-1916
1905**

438 (21.9.1905) 2.Mittagsblatt

[urn:nbn:de:bsz:mh40-115304](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-115304)

General-Anzeiger



(Badische Volkszeitung.)

der Stadt Mannheim und Umgebung.

(Mannheimer Volksblatt.)

Unabhängige Tageszeitung.

Erscheint wöchentlich zwölf Mal.

E 6, 2.

Gelesen und verbreitetste Zeitung in Mannheim und Umgebung.

E 6, 2.

Schluss der Inseraten-Aannahme für das Alltagsblatt Morgens 9 Uhr, für das Abendsblatt Nachmittags 3 Uhr.

Für unverlangte Manuskripte wird keinerlei Gewähr geleistet.

Abonnement:
70 Pfennig monatlich,
Erlangt 20 Bg. monatlich,
durch die Post bez. incl. Post-
zuschlag M. 2.42 pro Quartal.
Einzeln-Nummer 6 Bg.

Inserates:
Die Colonne-Zeile ... 20 Bg.
Kurzfristige Inserate ... 25
Die Reklame-Zeile ... 60

Telegramm-Adresse:
„Journal Mannheim“

Telephon-Nummern:
Direktion, Buchhaltung 1449
Druckerei-Bureau (Mannheim)
nahmen-Druckarbeiten 841
Redaktion ... 377
Expedition ... 918
Filiale (Friedrichsplatz) 8880

Nr. 438.

Donnerstag, 21. September 1905.

(2. Mittagsblatt.)

Sozialdemokratischer Parteitag.

(Von unserem Korrespondenten.)

sh. Jena, 19. Sept.

Zweiter Sitzungstag.

Zu Beginn der Nachmittags-Verhandlungen erhaltete Beehle-Strahlung den Bericht der Mandatsprüfungskommission, danach sind von 308 legitimen Teilnehmern des Parteitages 251 Delegierte mit 258 Mandaten, 40 Reichstagsabgeordnete ohne Mandat und 17 Vorstandsmitglieder bezw. Parteimitglieder, sämtliche Mandate wurden als unangekündigt für gültig erklärt.

Von den südlichen, der äußersten tabulalen Richtung angehörenden Genossen, Hg. G. z. n. s., Redakteur Lipinski, dem alten Kotteler, Hg. G. z. n. s., Redakteur Schöpflin war in gewissem Maße folgende:

den Fall Mebrin,

kleinere Erklärung unter den Delegierten verbreitet worden:

„Unter den Mitgliedern des Parteitages ist die Mitteilung verbreitet worden, dass in dem Artikel des „Armen Zeigers“ (Nr. 88) abgedruckt, B. M. gegenwärtig Artikel sei von dem Parteigenossen Franz Mebrin geschrieben worden. Gegen diese Mitteilung erklären die Unterzeichneten, dass der Artikel, wie auch auf seinem Inhalt hervorgeht, in der Redaktion des „Neuen Montagblattes“ und zwar von dem Redakteur Fritz Routhner geschrieben worden ist.“

Der vom Hg. Bernstein am Vormittag angekündigte Änderungsantrag zur Resolution betz. die Friedens- und Freundschaftserklärung der englischen Arbeiter lautet der Schlussatz wie folgt:

„Der Parteitag spricht die Hoffnung aus, dass es den sich in so erfreulicher Weise entwickelnden Bemühungen der englischen Arbeiter gelingen möge, bei den nächsten Parlamentswahlen sich gleichzeitigen Einfluss zu verschaffen.“

In der sorgfältigen Debatte über den Geschäftsbericht des Generalsekretärs W. z. n. s. Berlin über das Verhalten der polnischen Parteileitung, was möge die Selbstständigkeit, wenn man nicht möchte.

Redakteur Schulz-Bremen: Der Mangel an prinzipiell durchgeführten Arbeiten ist heute fühlbarer denn je. Die Partei habe sehr viele Anhänger hinzugewonnen, aber sie sei mehr in die Breite als in die Tiefe gewachsen. Auch das zweite Gebiet der Betätigung der heranwachsenden Jugend zum Sozialismus liegt billig brach. Mit der prinzipielleren Durchbildung der breiten Masse werden auch unerwünschte Vorkommnisse wie die der letzten Zeit aus der Partei verschwinden.

Ein weiterer Redner ist der geistige Führer des Revisionismus, Reichs- und Landtagsabgeordneter Dr. David-Naig: Man habe den bescheidenen Genossen unterstellt, dass sie sich nur von dem Wunsche leiten ließen, aus der Partei zu gehen, die Partei solle sich nicht durch den Einfluss der Bescheidenen leiten lassen. Die Genossen, die unser Besten wünschenden, besprechen unsere Vorschläge. Infolge des Propagandas sind wir genötigt, wenn wir nicht ganz ausfallen wollen, mit anderen Parteien und auf eine gemeinsame Liste zu eingehen. Die Genossen können ruhig annehmen, dass die bescheidenen Genossen in die Antipathie und Feindschaft hinter keiner anderen Parteigenossen zurückfallen.

Dr. Michels-Warburg: Anlässlich der Parokko-Politik seien Stimmen von hervorragenden Parteigenossen in der bürgerlichen Presse kolportiert worden, die über von einem Streikvereinspräsidenten hätten berichten können. Deshalb seien die Resolutionen des Parteivorstandes zu begreifen.

Reichstagsabgeordneter Jubell-Berlin: Dem Genossen David sei es nicht gelungen, die elende Kompromisserei, die geübt werde, um einige Mandate zu erhalten, zu rechtfertigen. Seit Jahren habe jeder Geschäftsbericht des Vorstandes über die elende Kompromisserei der süddeutschen Genossen. Es schreie, als ob dieses Unheil nicht mehr aus der Welt geschafft werden könne. Auch in Bremen wäre es bei der Landtagswahl wohl zu solchen elenden Kompromissen gekommen, wenn es nicht an den Genossen Michels erschienen wäre. Dieser Sache müsse doch endlich ein Riegel vorgeschoben werden.

Reichstagsabgeordneter Krieger: Das Redegebiet gegen die süddeutschen Genossen in Hannover. Das sei gegen die badische Verfassung gewesen, die das Stimmrecht der „Wahlgemeinschaft“ nicht kenne. Aber offenbar habe die badische Regierung das Verbot gegen die süddeutschen Genossen nicht auf sich selbst bereits erlassen. (Hr. Bebel: Sehr richtig!), da sei gemäß wieder ein Aufruf aus Berlin gekommen. Wir sind es in schon gewohnt, dass unsere politischen Führer alles tun, was ihnen aus Berlin befohlen wird. Das haben wir bisher zwar oft wieder bei einem Antipathie-Erlass hinsichtlich der Bestimmung der Ausbezahlung-Mandate erlebt. Ich weiß nicht, dass der badische Minister dem süddeutschen Reichstagsabgeordneten gegenüber in moderner Sprache hat, dass das wenig moralisch sei. Aber der Reichstagsabgeordnete hat auf nicht ein und unser Minister hat dann den Vorbehalt ausgesprochen. Mit der Protestresolution gegen das Verbot werden wir uns nicht begnügen, sondern wir werden im Konsens mit der badischen Regierung gründlich abrechnen. (Beifall.)

Nachdem noch einige Redner gesprochen hatten, schloß die Rede und Hg. Kotteler schloß das Schlußwort.

Er akzeptierte den Änderungsantrag der Resolution, der der Resolution in betreff der englischen Arbeiterarbeit eine bessere Fassung gebe. Die Klagen über die Parteipresse erkenne der Parteivorstand durchaus an. Die Parteipresse würde viel besser werden, wenn sich die Genossen entschließen könnten, diese auch zu lesen. Aktion mit den Arbeitergenossen die farbige Presse zu unter-

stützen. Die Parteileitung habe auf jede Weise versucht, mit der polnischen Parteileitung einen lokalen Frieden herzustellen. Man habe aber von jener Seite deklariert, dass die deutsche Sozialdemokratie sich den Nachbarn der polnischen Sozialdemokratie zu zeigen habe. Wir haben christlich Friedensverträge gemacht, da wir uns sagten, dass wir gegen die polnische sozialistische Partei wie gegenüber allen ausländischen Bruderparteien internationale Pflichten haben. Nachdem aber unsere Friedensverträge abgelehnt worden sind, können wir uns nicht wie die Vertreter von hinten einschleichen. Jedem wir müssen jetzt abwarten, bis die polnischen Parteigenossen das Bedürfnis empfinden, mit uns Frieden zu schließen und bis sie uns ihre Vorschläge unterbreitet haben. (Beifall.) Die Tagesorden sind oft zu Einseitigkeiten neigend. Es sei nur an unsere Stellung zu allen Militärgenossen erinnert. Wir hoffen, dass die Genossen behaupten, dass die deutsche Sozialdemokratie in dieser Beziehung zurückgeblieben ist, hinter irgend einer anderen Partei zurückgeblieben. In der Marokko-Frage haben wir keine so große Aufregung gezeigt, weil wir eine Gefahr nicht so sehr ernst nahmen. Es ist klar, dass wir in Deutschland auch weiter mit allen Mitteln für die Aufrechterhaltung des Friedens und gegen den Ausbruch eines Krieges aufzutreten werden. (Beifall.)

Kriegsfrage

man machen. Wer eine solche Ansicht hat, der muß erst die ganze deutsche Bewegung ignorieren. Wir in Deutschland haben von jeder jeder Kriegswelt mit allen Mitteln entgegenzukommen. Es sei nur an unsere Stellung zu allen Militärgenossen erinnert. Wir hoffen, dass die Genossen behaupten, dass die deutsche Sozialdemokratie in dieser Beziehung zurückgeblieben ist, hinter irgend einer anderen Partei zurückgeblieben. In der Marokko-Frage haben wir keine so große Aufregung gezeigt, weil wir eine Gefahr nicht so sehr ernst nahmen. Es ist klar, dass wir in Deutschland auch weiter mit allen Mitteln für die Aufrechterhaltung des Friedens und gegen den Ausbruch eines Krieges aufzutreten werden. (Beifall.)

Mollenhuth warnte dann von dem ewigen Parteistreitigkeiten. Man sollte doch endlich erkennen, dass der Kampf innerhalb der eigenen Reihen anfruchtbar sei. Wenn man keinen Gegner mehr haben werde, dann könnte man sich in die Welt einen solchen Ruf erkaufen. Aber so lange das nicht der Fall sei, sollte man alle Kräfte ausbilden, den gemeinsamen Gegner niederzulegen und immer neue Kräfte zu gewinnen. Schließlich, dann werde man in wenigen Jahren verstanden können, dass die Partei sich wieder verdoppelt habe. (Ständiger Beifall.)

Der Parteitag wurde darauf die beantragte Entlassung erteilt.

Auch die Beschlüsse der Kontrollkommission zum Wilsbacher Parteitag wurde gebilligt, der Tadel gegen Emmel allerdings mit kleiner Mehrheit.

Zur Annahme gelangt der Antrag der hannoverschen Genossen in der polnischen Angelegenheit, der besagt: „Die sozialistische Parteigenossen des Reichstages der angestrichelten Wiedereinsetzung der polnisch-sozialdemokratischen Partei (P. P. S.) mit der sozialdemokratischen Partei Deutschlands beschließt, weil mit einer solchen Vereinigung der beiden Organisationen die Mittel lauffähig sind, welche zu einer starken planvollen Aktion in der bürgerlichen Industrie und zur sicheren Gewinnung des polnischen Proletariats für die Sozialdemokratie erforderlich sind. Die hannoverschen Genossen können aber dem deutschen Parteivorstand eine Schuld an dem Scheitern der Verhandlungen nicht bemessen.“ Tagesorden wurde der Wiener Antrag: „Der Parteitag beauftragt den Parteivorstand, erneut mit der polnischen Sozialdemokratie in eine Verhandlung zwecks Herbeiführung einer Verständigung einzutreten.“

Die Gleichheitsresolution wurde mit der Abänderung angenommen, dass an Stelle der Worte „bedeutende Vorkämpfer“ steht: „notwendige aber loyal zu behandelnde Vorkämpfer.“

Die Sympathieerklärung für den Frieden und die englischen Arbeitergenossen fand mit der Bernerischen Abänderung Annahme. Diese wurde die Redaktionskommission mit einer kleinen von Dr. Michels gebilligten Entlohnung angenommen.

Der nächste Punkt der Tagesordnung betraf den Bericht der Reichstagsaktion über

Die parlamentarische Tätigkeit.

Der Reichstagsabgeordnete Reichs-Dr. z. n. s. Bamberg erhaltete. Die erste Session des neuen Reichstages liegt hinter uns. Da seien nun Stimmen aufgebracht, dass die Leistungen des Reichstages in Bezug auf Arbeiterfragen wenig befriedigend seien. Ja, wir haben uns in der Fraktion auch nicht, und von dem parlamentarischen Parlamentarismus wird auch nie etwas aus dem Reichstages zu erwarten sein. Nicht richtig oder wäre es, zu behaupten, dass der frische Jung und Hg. der sich bei den letzten Wahlen gezeigt habe, ganz ohne Einfluss auf die bürgerlichen Parteien und das Zentrum geübt sei. Nach dem letzten Wahlergebnis sah man bei dem Zentrum, wie auf beiden bürgerlichen Parteien einen förmlichen Beitritt um das Wohl des armen Mannes. Das Zentrum persönlich sogar darauf, um nur jedoch zu sein, löse Resolutionen einzubringen.

Reichstagsabgeordneter H. z. n. s. Schmidt dann weiter die folgenden zur parlamentarischen Tätigkeit der Fraktion nach alter Gewohnheit von den Genossen im Reich produzierten Kritiken und Resolutionen.

Die nächste Session würde wohl wieder neue Anforderungen für das geschäftliche Handeln des Reichstages bringen. Man habe davon wohl schon Nachricht, aber was gewisses wisse man nicht.

Die Debatte wurde am morgen früh vertagt und die Sitzung heute um halb 7 Uhr geschlossen, da abends in demselben Saale eine Volksversammlung stattfand, in der Hg. Dr. David und der österreichische Reichstagsabgeordnete Dr. Ellenbogen sprachen.

Gerichtszeitung.

* Mannheim, 19. Sept. (Strafammer II.) Vorsitzender: Herr Landgerichtsrat Dr. Große. Vertreter der Groß-Strafbehörde: Herr Staatsanwalt Dr. Großschäfer.

Der 26 Jahre alte Schlosser August Dumm aus Langenbrunn hat sich viel darauf zugute, dass es ihm gelungen ist, sich vom Militärdienst loszuscheiden. Er war als Soldat eingezogen, spielte aber den Tölpel und zwar mit solchem Erfolg, daß er entlassen und in der Kaiserlich-Königlichen Erziehungsanstalt Aufnahme fand. Dort bemühte er im Juli d. J. einen Auslass, um sich davon zu machen. Er ging in den Laden des Fuhrerwärters Emil Hirsch in Emmendingen und behauptete, ein Wärter der Anstalt sei, ein Rad für diesen zu kaufen. Da der Händler nicht zu Hause war, sondern nur dessen Frau, so bat er sie, ein Rad für ihn zu kaufen. Die Frau gab ihm ein Rad im Werte von 80 Mark mit, welches Dumm bemühte, um damit nach Hause zu fahren, wo er das Fahrzeug um ein Spottgeld verkaufte. Vorher hatte er noch eine Taschenuhr, die er von einem anderen Anstaltsinsassen geliehen, in einer Wirtshaus zu Geld gemacht. Seine weitere Laufbahn führte ihn zum Fuhrerwärters aus schließlich auf die Anstaltsbank. Er verfuhr zurzeit eine Gefängnisstrafe von 2 Jahren. Die Emmendinger Geschlossen erfordern heute eine nachträgliche Prozedur, welche mit der Verurteilung zu einer Gefängnisstrafe von 3 Monaten 6 Wochen netto ausfällt.

Ein gefährlicher Fahrraddieb nimmt in der Person des 20 Jahre alten Schmeißer August Rauh aus Waldkirch auf der Anstaltsbank Platz. Der 20 Jahre alte Tagelöhner Philipp Schreier, der ihm zum Teil die Beute verleiht, leistet ihm Gesellschaft. Im Sommer vorigen Jahres „vermittelte“ der Polizeibericht von Fuhrerwärters, deren erster vorwärtiger Verwalter der städtischen Stadterweiterung waren. Die Räder waren fast alle hochwertig. Die meisten dieser Diebstähle entfielen auf das Konto des Rauh, der allerdings nur zwei Räder entwendet, während er bezüglich der übrigen Räder den großen Unbekannten vorstellt, der in diesem Falle Karl heißt. Von diesem habe er die Räder gekauft und er habe sich wohl gedacht, dass die Räder gestohlen sein müssten. Als ihm f. J. der Boden hier zu heiß wurde ging er auf Reisen. In Tübingen und Stuttgart hat er mehrere Fahrräder. Dann reiste er in die Schweiz und verkehrte in St. Gallen das in Stuttgart gefundene Rad, um gleich darauf ertrappi zu werden, als er sich zum besseren Fortkommen mit einem neuen Rad versehen wollte. Das Schweizer Gericht verurteilte ihn zu 6 Monaten Gefängnis; dann wurde er nach Deutschland abgeschickt. Nach der heutigen Verhandlung ist ein Zwischenfall erwähnenswert. Die als Junge geborene Helmerin Martha Grunwald hatte über ihre Beziehungen zu Rauh sehr zurückhaltend, Staatsanwalt: „Ich bitte, die Angelegenheit abzuweisen zu lassen. Vielleicht will die Junge dann aber mit der Sprache heraus.“ Vorsitzender: „Die Angelegenheit sind abzuweisen.“ Nachdem dies geschah, sprach der Vorsitzende die Junge: „Wie sind Sie mit dem Angeklagten bekannt geworden? Junge: Er wollte Bekanntschaft mit mir machen und probierte, daß er viel weiß und viel Geld verdienen. Als ich ihn fragte, was er für ein Geschäft habe, sagte er: „Mein gutes, ich mag gar nicht dran denken.“ Vor: „Dobes Sie sich gedacht, daß er etwas unehrlich treiben? Junge: Ja. Vor: „Was hat er von Ehrlich gesagt? Junge: Er hat gesagt, der sei bei ihm im Geschäft und bekomme von ihm sein Geld.“ Die Angeklagten wurden darauf wieder in den Saal geführt und der Vorsitzende hielt Rauh vor, daß die Junge Grunwald gesagt hatte. Der Angeklagte gab es als richtig an. Unter den von Rauh gestohlenen Rädern befand sich übrigens auch das Rad des Direktors der hiesigen Wagh- und Schützengilde. Der Staatsanwalt hält Rauh aller Diebstähle für überführt und beantragt, den dieselben vorverurteilten Angeklagten zu 5 Jahren Gefängnis zu verurteilen. Hiergegen gibt er auf seinem Rad wegen gewerkschaftlicher Debatte zu verurteilen. Der Vorsitzende verurteilt die Junge zur Gefängnisstrafe, die er nach dem Urteile des Staatsanwaltes wegen Diebstahls verdienen hätte, zu 5 Jahren Gefängnis. Außerdem werden ihm die Ehrenrechte auf 5 Jahre aberkannt. Schwed kommt mit 6 Monaten Gefängnis davon, welche durch die Untersuchungsstrafe verhöht sind. Rauh wird zunächst nach der Strafkammer zurückgebracht, um dort die ihm vom Gericht in St. Gallen zuerkannte Strafe zu erfüllen.

Der Schwabacher Franz Deutsch aus Langenbrunn erkrankte sich von einem auswärtigen Zuchthaus, dem er auf einer Postkarte anzu, er sei kranken Zuchthausgenosse und bitte einen eigenen Laden, eine Probefahrung Schabe. Auf eine größere Befragung ließ sich aber der Richter nicht ein. Weiter schädigte Deutsch einen armen Teufel von Zuchthausgenosse, der ihm einen Knopf raubte, um 54 Mark. Deutsch, der gewohnheitsmäßig schweigt, erhält vier Monate Gefängnis.

B. Krieger, 10. Sept. Einen ordentlichen Denkmittel erhielten zwei Arbeiter, die in einem Rotationsdruck der hiesigen Straßendruckung tätig waren, Kassegebe belästigten und den Schaffner belästigten und bedrohten. Die beiden Arbeiter wurden vom Schöffengericht zu 6 Wochen Gefängnis und 10 Tagen Haft bezw. 6 Wochen 8 Tagen Gefängnis und 14 Tagen Haft verurteilt. Die Verurteilung gegen das schöffengerichtliche Urteil wurde von der Strafkammer verworfen.

